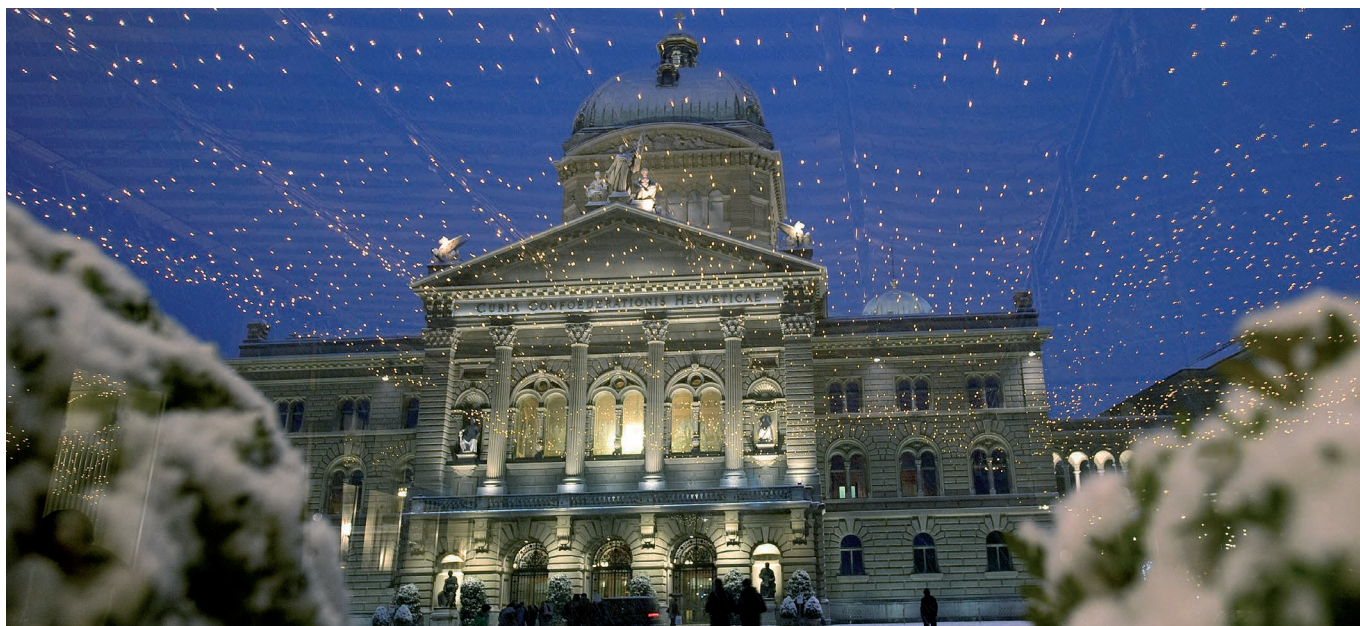


Dezember 2013



Was für ein Geschenk beschert Bundesbern mit der Energiestrategie 2050 der Schweiz?

Liebes Stimmvolk: Dein Wille geschehe!

Ohne eine eidgenössische Volksabstimmung fehlt der Energiestrategie 2050 die Legitimität. Deshalb ist nach Auffassung der ACE nach dem Entscheid von Bundesbern ein Urnengang nötig.

Von Stefan Burkhard und Daniel Frey

Youtube macht's möglich: Im Zeitraffer können die Wasserstoffexplosionen im Kernkraftwerk Fukushima zweieinhalb Jahre nach dem Unfall gemütlich zu Hause am Computerbildschirm angesehen werden. Es waren diese verstörenden Bilder, die im März 2011 um die Welt gingen und auch in der Schweiz ein energiepolitisches Erdbeben auslösten.

Vom Berner Ja...

Wir entsinnen uns: Im Februar 2011 sagten die Bernerinnen und Berner im Grundsatz knapp Ja zum Ersatzkernkraftwerk Mühleberg. Greenpeace musste am Sonntagabend nach der verlorenen Abstimmung eiligst die für Montag in der Tagespresse vorgesehenen Inserate zum vermeintlichen Ende der Kerntechnologie in der Schweiz zurückziehen. Vorerst jedenfalls. Bundesrat und Parlament nahmen den Entscheid zur Kenntnis und hielten neue Kernkraftwerke als Ersatz für die bestehenden älteren Anlagen für zukunftsträchtig.

... zum Ausstieg

Einen Monat später sah die Welt bereits wieder anders aus: Nach dem schlimmen und vermeidbaren Unfall in Fukushima Daiichi sistierte der Bundesrat die von der Energiebranche eingereichten Gesuche für neue moderne und noch sicherere Kernanlagen in der Schweiz. Die hervorragend organisierte Anti-AKW-Lobby witterte nach dem Berner Debakel nun wieder Morgenluft und nahm mit gütiger Unterstützung der überwiegenden Mehrheit der Schweizer Medien die Katastrophe in Japan auf, um in der Schweiz energiepolitisch nun doch noch Nägel mit Köpfen zu machen.

Cleantech: eine saubere Sache?

Auch anderswo sahen die Lobbyisten ihre Stunde für gekommen an: der Cleantech-Verband suggerierte dem Bundesrat die Möglichkeit eines finanziell schmerzlosen Umbaus der Schweizer Energielandschaft mitsamt



einem grünen Feigenblatt: «Cleantech» hiess dort nun die Losung der Stunde, und es erschall die Forderung nach der «Öffnung der Subventionsschleusen» für Wind- und Sonnenenergie wie auch für alle anderen sogenannten neuen erneuerbaren Energien. Die Schlussfolgerung müsste lauten: Nicht mehr und nicht weniger als reine Partikularinteressen der betroffenen Interessengruppen sind neben den ideologischen Motiven die Treiber der sog. Energiewende.

Unheilige Allianz

Diese unheilige Allianz aus Ideologen und Branchenvertretern, nicht selten in Personalunion, war dafür verantwortlich, dass sich nach dem Entscheid des Bundesrates auch National- und Ständerat für den Ausstieg aus der Kernenergie entschieden. Gewissermassen im Eilverfahren. Obwohl überhaupt kein Zeitdruck für einen solchen Entscheid herrschte. Ausser, dass im Oktober 2011 zufälligerweise eidgenössische Wahlen anstanden und die Volksvertreter vor ihren Wählerinnen und Wählern «clean» dastehen wollten.

Auf den Volksmund hören

Der Entscheid von Bundesbern aus dem Jahr 2011 wirkt heute übereilt und unnötig. Dabei wäre der Volksmund voller Weisheiten, die wegleitend sein könnten; dass zum Beispiel Angst ein schlechter Ratgeber ist; oder dass Entscheidungen von grosser Tragweite nicht in einem Zustand von emotionaler Aufwühlung getroffen werden sollten; oder dass schwierige Entscheidungen zuerst einmal über-schlafen werden sollten.

Energiepolitik vors Volk

Ein Blick in die Vergangenheit zeigt, dass bisher die grossen energiepolitischen Weichenstellungen immer vom Volk vorgenommen bzw. abgeseget worden sind. Erstmals 1979, danach 1984 konnte die Bevölkerung über den Ausstieg entscheiden. 1990 standen die Moratoriumsinitiative und wieder der Ausstieg an. Und 2003 gelangte wieder eine grosse energiepolitische Weichenstellung vors Volk. Warum soll die Energiestrategie 2050 nicht auch dem Volk vorgelegt werden?

Angst vor dem Volk?

Bei allen oben genannten Abstimmungen hat sich das Volk für eine gemässigte pronukleare Energiepolitik ausgesprochen. Vermutlich ist das auch der Grund, dass Bundesrat und Parlament sich scheuen, die Energiestrategie 2050 der Bevölkerung vorzulegen. Es könnte nämlich sein, dass sich eine Mehrheit der Schweizerinnen und Schweizer nicht hinter Bundesbern stellt.

Abstimmung als Chance

Dabei böte eine Abstimmung auch die Möglichkeit, breit über die Chancen und Risiken der Energiestrategie 2050, die eigentlich eine reine Stromstrategie ist, zu diskutieren. Es müssten die Kosten diskutiert werden, der damit verbundene Aufwand und auch die grundsätzliche Frage, ob Aufwand und Ertrag der Energiewende volkswirtschaftlich betrachtet in einem vernünftigen Verhältnis zueinander stehen. Und ob die gleiche Strommenge und die gleiche Sicherheit nicht auch auf anderem Weg erreicht werden könnten. Und auch die Profiteure und die Verlierer müssten genannt werden.

Wer bezahlt – wer profitiert?

Die Energiewende ist nicht gratis zu haben. Die Bundesbehörden gehen heute davon aus, dass mit Mehrkosten von 20 Milliarden Franken zu rechnen ist. Schätzungen aus Wirtschaftskreisen reichen bis gegen 100 Milliarden Franken. Und dabei ist in Rechnung zu stellen, dass das Bundesamt für Energie die Kosten eher nach unten schätzt, um die Akzeptanz derselben zu erhöhen. Wer wird am Ende für die Kosten aufkommen müssen? Es sind dies die Stromkonsumenten und die Steuerzahler. Die Stromunternehmen werden ihre Kosten auf die Kunden überwälzen, also auf die privaten Haushalte und die KMUs. Die Industrie profitiert doppelt, indem sie von den Subventionszahlungen befreit wird und am freien Markt billigen Strom einkaufen kann. Das heisst: Private und KMUs werden immer stärker – und dies in doppelter Hinsicht – zur Kasse gebeten.

Sozial Schwache am härtesten betroffen

Wie immer wird es die Schwächsten am härtesten treffen. Wer mit einem schmalen Budget haushalten muss, wird es am härtesten spüren, wenn die Stromrechnung jeden Monat auch nur minimal höher ist. Wäre es unter diesen Umständen nicht richtig und fair, wenn diese Menschen auch ihre Meinung zu dem abgeben könnten, was «die da oben» ungefragt entschieden haben?

Gute Politik ist legitimierte Politik

Wenn eine Abstimmung im Sinne von Bundesrat und Parlament herauskommt, hätte die Energiewende auch eine ganz andere Legitimität. Und alle Kreise, die bisher mehr oder weniger offen Obstruktion gegen die Energiestrategie betreiben, müssten sich fragen, ob sie sich nun nicht auch hinter die neue Energiepolitik stellen sollten. Auf alle Fälle böte eine ausgiebige und intensive Debatte der Politik von Bundesbern auch zahlreiche Chancen.

Resolution der Arbeitsgruppe Christen + Energie

Energiestrategie 2050 vors Volk!

Die Arbeitsgruppe Christen und Energie (ACE) fordert Bundesrat und Parlament auf, die Energiestrategie 2050 der Schweizer Bevölkerung obligatorisch zur Abstimmung vorzulegen. Die ACE macht aus ethischer Sicht die folgenden drei Gründe geltend:

- Die ACE ist der Meinung, dass einer so weitreichenden Weichenstellung wie der Energiestrategie 2050 die Legitimität fehlt, wenn die Bevölkerung dazu nicht in einem obligatorischen Referendum an der Urne Stellung nehmen kann. Der Souverän hatte in der Schweiz in den letzten dreissig Jahren insbesondere zur Kernenergie immer das letzte Wort.
- Die Umsetzung der Energiestrategie hat Kosten in Milliardenhöhe zur Folge. Letztlich werden die Stromkonsumenten und Steuerzahler diese Kosten zu tragen haben. Die ACE hält es deshalb für unabdingbar, dass diejenigen, denen die finanziellen Folgen aufgebürdet werden, auch darüber entscheiden können.
- Höhere Kosten treffen die sozial Schwächsten am härtesten. Die ACE verlangt deshalb, dass auch über die sozialen Folgen der Energiestrategie umfassend diskutiert wird, damit in Kenntnis aller Konsequenzen ein breit abgestützter Entscheid gefällt werden kann.

Von der Mitgliederversammlung 2013 am 24. Mai 2013 verabschiedet.

Überwiegt die Angst?

Bisher hat man jedoch den Eindruck, dass die hohe Politik eine eidgenössische Abstimmung nach Möglichkeit vermeiden will. Der Fahrplan sieht derzeit so aus, dass National- und Ständerat bzw. die zuständigen Kommissionen in den nächsten Wochen und Monaten über die Botschaft des Bundesrates mit den für die Energiestrategie notwendigen Gesetzesänderungen beraten werden. Wenn alles nach dem Plan der Behörden läuft, könnte die Schlussabstimmung 2014 stattfinden. Ohne Konsultation der Bevölkerung, wenn es nach dem Willen des Bundesrates geht.

Stimmungsbild in der Bevölkerung

Gemäss den jüngsten Umfragen des Bundesamtes für Energie hat sich die Haltung der Schweizer Bevölkerung zur Frage der Kernenergie nach Fukushima nicht gross verändert. Die Zahl der Befürworter hat von 40% auf 41% zugenommen, wobei aufgrund der statistischen Ungenauigkeit wohl davon ausgegangen werden kann, dass die Zahl der Befürworter einfach einigermassen stabil

geblieben ist. Die Zahl der Gegner ist von 52% auf 57% gewachsen. Es gibt also wie immer einige Unentschlossene, aber im heutigen Zeitpunkt überwiegt die Ablehnung im Verhältnis 3 zu 2. Warum hat die Politik also Angst vor einer Abstimmung?

Referendum als Option?

Nach der Schlussabstimmung haben interessierte Kreise 90 Tage Zeit, 50 000 Unterschriften zu sammeln und auf diese Weise eine eidgenössische Abstimmung zu erzwingen. Diese Referendumsdrohung hängt bereits in der Luft. Ob sich dann wirklich ein Referendumskomitee bilden wird, das Chancen auf Erfolg hat, wird sich aber erst noch zeigen müssen.

Pseudoabstimmung

Keine wirkliche Alternative wäre eine Abstimmung über die eingereichte Ausstiegsinitiative der Grünen Partei, welcher der Bundesrat seine Energiestrategie 2050 gegenüber zu stellen gedenkt. Sie dient einzig als Druckmittel, um im Parlament die Laufzeiten der bestehenden Kernkraftwerke zu begrenzen. Beide Vorlagen gehen von einem Ausstieg aus der Kernenergie aus, so dass über diesen Punkt keine Debatte geführt werden könnte.

Strom woher?

Letztendlich wird für die ACE zu wenig klar, woher der Strom nach der Energiewende kommen soll, wenn in der Schweiz die AKWs abgeschaltet werden. Die neuen erneuerbaren Energien werden auf Jahrzehnte hinaus nur in der Lage sein, einen Bruchteil des benötigten Stroms zu liefern und dies nach den Launen der Natur. Mit Sparen dürfte das Ziel auch nicht erreicht werden, denn auch schon bisher haben Sparanstrengungen in Haushalt und Industrie wenig gefruchtet und neue Anwendungen wie Heizen mit Wärmepumpe oder Elektromobilität verlangen nach mehr Strom. Zuletzt zeigt die Erfahrung, dass der Strombedarf in der Schweiz seit dem Zweiten Weltkrieg Jahr für Jahr wächst. Bleibt eigentlich nur der Stromimport aus dem Ausland. Wobei man sich im Klaren sein muss, dass der Strom aus Frankreich zu 90% aus KKW's stammt und der Strom aus Deutschland aus nicht wirklich klimafreundlichen Kohlekraftwerken kommt. Ist dies aus ethischer Sicht zu vertreten? Die ACE meint klar Nein.

Stromschwemme – Und im Winter?

Zurzeit wird in ganz Europa genug Strom produziert. Es herrscht eine eigentliche Stromschwemme. Wie lange dieser Zustand anhält, weiss allerdings niemand. Und die wirkliche Nagelprobe kommt erst, wenn ein langer, kalter Winter kommt, die Sonne nicht scheint, der Wind nicht geht und die Stauseen leer sind. Wir dürfen nicht vergessen, dass bei uns schon jetzt an kalten Wintertagen 90% des Schweizer Stroms aus KKW's kommen. Es gilt auch hier, realistisch zu sein.



Gewaltige Opportunitätskosten

Die Umsetzung der Energiestrategie 2050 wäre, wie bereits erwähnt, für die Schweizer Volkswirtschaft ein gewaltiger Kraftakt, der auf der einen Seite Unsummen an Geld und Energie verschlingt und nach Auffassung der ACE auf der anderen Seite nur ein fragwürdiges Ergebnis liefern würde. Dabei darf auch nicht vergessen werden, dass enorme Opportunitätskosten zu erwarten sind. Unter Opportunitätskosten versteht man die finanziellen Mittel und die Ressourcen, die durch einen Entscheid gebunden werden und daher für anderes nicht mehr zur Verfügung stehen. Wenn also die Energiewende 2050 die schweizerische Volkswirtschaft 50 Milliarden kostet, steht dieser Betrag nicht mehr für andere Vorhaben zur Verfügung. Zum Beispiel für die soziale Wohlfahrt und die Bildung. Von daher ist es aus Sicht der ACE doppelt wichtig, dass breit über die Energiestrategie diskutiert wird, damit eben auch entschieden werden kann, wie die Bevölkerung die immer nur beschränkt zur Verfügung stehenden finanziellen Mittel und Ressourcen einsetzen will.

Drei gute Gründe für eine Volksabstimmung

Zusammenfassend darf festgehalten werden, dass es aus Sicht der ACE drei gute Gründe gibt für eine Volksabstimmung:

- Erstens die übereilte und nicht zu Ende gedachte Art und Weise, wie 2011 die eidgenössischen Räte und der Bundesrat entschieden haben.
- Zweitens müssten fairerweise die finanziell direkt Betroffenen in einer Gesamtschau konsultiert werden; insbesondere muss die Bevölkerung auch mitbestimmen können, wie sie die knappen zur Verfügung stehenden finanziellen Ressourcen in den nächsten 30 Jahren einsetzen will bzw. welche politischen Schwerpunkte sie setzen will.
- Drittens sollte nicht mit einem alten und bewährten direktdemokratischen Gewohnheitsrecht gebrochen werden, nämlich demjenigen, dass das Schweizer Volk in letzter Instanz über seine Energiepolitik bestimmen kann.

In diesem Sinn fordert die Arbeitsgruppe Christen und Energie Bundesrat und Parlament auf, die Stromstrategie 2050 dem Volk obligatorisch zur Abstimmung zu unterbreiten.

Impressum

CHRISTEN
ENERGIE

Redaktion:

Arbeitsgruppe Christen + Energie (ACE)

3000 Bern

info@christenenergie.ch • www.christenenergie.ch

PC: 30-24294-0